

*Die konservative Basisbewegung der CDU/CSU stellt sich gegen ein Verbot des
Verbrennungsmotors und die staatliche Bevorzugung der Elektromobilität*

Montag, 28. September 2020 - Die WerteUnion übt scharfe Kritik an Markus Söder. Hintergrund ist dessen Forderung, ab 2035 keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. Aus Sicht der konservativen Basisbewegung ist dieser Vorschlag technologisch nicht umsetzbar. Zudem führt er zu einer unnötigen Verunsicherung bei Wirtschaft und Verbrauchern.

• **Alexander Mitsch, Bundesvorsitzender der WerteUnion**, erklärt:

„Herr Söder wärmt seinen unsinnigen Vorschlag aus dem Jahr 2007 wieder auf, demzufolge Autos mit Verbrennungsmotor schon in diesem Jahr verboten werden müssten. Das ist nichts anderes als ein Kniefall vor den Grünen. Während viele Menschen in Deutschland zurzeit um ihre Existenz bangen, verunsichert Söder auch noch unnötig die Automobilindustrie, einen der wichtigsten Arbeitgeber in unserem Land. Wir sagen daher klar, dass es kein Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor geben darf. Ob elektrisch betriebene Autos sinnvoll sind oder nicht, muss der Markt entscheiden.“

Quellen:

- Söder fordert Verbot des Verbrennungsmotors:
<https://www.tagesschau.de/inland/gruene-soeder-verbrennungsmotor-101.html>

Pressekontakt:

Felix Schönherr
Pressesprecher WerteUnion e.V. - Bundesverband
presse@werteunion.info

Über die WerteUnion

Die WerteUnion ist die konservative Basisbewegung und am schnellsten wachsende Gruppierung innerhalb der CDU/CSU. Sie wurde im Jahr 2017 gegründet und hat bereits etwa 4.500 Mitglieder. Zu den prominenten Mitgliedern zählen u.a. der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Dr. Hans-Georg Maaßen sowie der Dresdner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Werner J. Patzelt. Die inhaltliche Ausrichtung der WerteUnion ist in dem 2018 verabschiedeten „Konservativen Manifest“ niedergelegt und

fokussiert sich auf fünf Thesen für ein starkes Deutschland:

1. Leistung belohnen und fördern.
2. Europa mit Freiraum gestalten.
3. Einwanderung begrenzen und steuern.
4. Innere und äußere Sicherheit stärken.
5. Rentenreform angehen.